



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2017-2020

Dienstag, 2. Mai 2017, 18.00 – 20.35 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Monika Gähwiler-Brändle (SP)
Anwesend	30 Mitglieder
Entschuldigt	--
Anwesend Stadtrat	4 Mitglieder
Entschuldigt	Vakanter Sitz (Rücktritt Stefan Lenherr)

Traktanden

- 01 Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2016; Genehmigung
- 02 Erweiterung Schulanlage Büel; Baukredit
- 03 Beitrag 2018 - 2021 an die Walter Zoo AG
- 04 Teilzonenplan Poststrasse; Erlass
- 05 Masterplan Sportanlagen; Vorzeitige Einsetzung VBK

Rücktritt Stadtrat Stefan Lenherr

Stadtrat Stefan Lenherr ist per Ende April 2017 von seinem Amt zurückgetreten. Die Präsidentin dankt ihm im Namen des Parlamentes für sein Wirken zu Gunsten der Stadt Gossau. Roman Steiger (CVP) würdigt die Arbeit von Stefan Lenherr als Mitglied des Parlamentes und in seiner Tätigkeit als Mitglied des Stadtrates. Im Anschluss an die Sitzung wird Stefan Lenherr mit einem Apéro verabschiedet.

01**Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2016; Genehmigung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 22. März 2017 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnungen 2016 der Stadtwerke und des Städtischen Haushaltes werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss 2016 der Stadtwerke von CHF 4'074'602.91 wird für eine Rückstellung zur Erneuerung Kraftwerk Niederglatt (CHF 1'800'000) und als zusätzliche Ablieferung an den Stadthaushalt (CHF 2'274'602.91) verwendet.*
3. *Der Ertragsüberschuss 2016 des Stadthaushaltes von CHF 6'496'601.68 plus die Zusatzablieferung der Stadtwerke an den Stadthaushalt von CHF 2'274'602.91, insgesamt CHF 8'771'204.59, wird gemäss Ziffer 4 verwendet.*
4. *Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.*

Eintretensdiskussion:

Florin Scherrer, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest den Bericht der GPK vom 26. April 2017:

„1. Aufgabe GPK

Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben wir die Buchführung, die Jahresrechnung und die Amtsführung für das Rechnungsjahr 2016 sowie die Anträge des Rates geprüft.

1.1 Zuständigkeit

Für die Jahresrechnung und die Amtsführung ist der Stadtrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

2. Buchführung

Die Prüfung der Rechnung erfolgte in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle BDO AG, St. Gallen. Diese prüfte die Buchführung und die auf den 31. Dezember 2016 abgeschlossene Jahresrechnung. Die Jahresrechnung setzt sich zusammen aus der Bestandes-, der Laufenden- und der Investitionsrechnung des städtischen Haushaltes und der Gossauer Stadtwerke.

Die BDO bestätigt, dass sie die Anforderungen an die Fachkunde gemäss Gemeindegesetz und die Unabhängigkeit ebenfalls gemäss Gemeindegesetz erfüllt und keine mit ihrer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

Die externe Revisionsstelle stellt fest, dass die Jahresrechnung 2016 den gesetzlichen Vorschriften und der Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden entspricht.

3. Amtstätigkeit

Die Geschäftsprüfungskommission hat die Amtsführung des Stadtrats und der Verwaltung anhand von Protokollen, Berichten und Beschlüssen hinsichtlich der Rechtmässigkeit sowie bestimmungsgemäsem und zweckmässigem Vollzug stichprobenweise überprüft.

Schwerpunkt-Prüfungen erfolgten aufgrund der Legislaturziel-Planung. Durch zusätzliche Befragungen von Behördenmitgliedern und Mitarbeitenden bekamen wir einen Einblick in die Tätigkeit der Behörden. Dem Stadtrat haben wir jeweils einen Visitations-Bericht pro Ressort überreicht.

4. Jahresrechnungen

4.1 Stadtwerke

Die Jahresrechnung 2016 der Stadtwerke schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 4'074'602.91 ab, während im Voranschlag von einem Ertragsüberschuss von CHF 1'198'400 ausgegangen wurde.

4.2 Stadthaushalt

Die Jahresrechnung 2016 des städtischen Haushaltes schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 6'496'601.68. Im Voranschlag wurde lediglich ein Ertragsüberschuss von CHF 150'000 budgetiert. Das erfreuliche Ergebnis ist in erster Linie auf die höheren Einnahmen zurückzuführen. Diese liegen rund CHF 6 Mio. über dem Voranschlag. Im Berichtsjahr 2016 wurden rund CHF 4.5 Mio. an Stelle der budgetierten rund CHF 8.6 Mio. investiert, weshalb der Selbstfinanzierungsgrad – das Verhältnis zwischen dem Cashflow und den Investitionen also – mit 307% sehr hoch ausfällt. Die grössten Investitionen wurden im Bereich Verkehr mit CHF 1.6 Mio. und im Bildungsbereich mit CHF 1.3 Mio. getätigt.

Die Verschuldung hat im vergangenen Jahr ebenfalls abgenommen und betrug Ende Jahr CHF 932 pro Einwohner. Angesichts des sehr guten Rechnungsergebnisses, scheinen zukünftige Projekte auch mit bedeutenden finanziellen Auswirkungen möglich, natürlich aber nicht ohne weitere finanzielle Anstrengungen.

Die GPK unterstützt, speziell vor dem Hintergrund der Umsetzung des Masterplans Sportanlagen, klare finanz- und steuerpolitische Ziele und erachtet eine zukunftsgerichtete Finanzplanung als unabdingbar.

5. Verwendung Ertragsüberschuss

5.1 Stadtwerke

Der Stadtrat beantragt, dass der Ertragsüberschuss 2016 in der Höhe von CHF 4'074'602.91 wie folgt verwendet wird:

- | | |
|--|------------------|
| - Für die Erneuerung des Kraftwerks Niederglatt | CHF 1'800'000.00 |
| - Zusätzliche Ablieferung an den Stadthaushalt in der Höhe von | CHF 2'274'602.91 |

5.2 Stadthaushalt

Der Stadtrat beantragt, dass der Ertragsüberschuss 2016 in der Höhe von CHF 8'771'204.59 – nämlich die Summe des Ertragsüberschusses des Gossauer Stadthaushalts von CHF 6'496'601.68 und der zusätzlichen Ablieferung der Gossauer Stadtwerke an den Stadthaushalt von CHF 2'274'602.91 - für folgende zusätzliche Abschreibungen und Reserveeinlagen verwendet wird:

- | | |
|--|----------------|
| - Für die Sanierung der Schiessplätze | CHF 140'272.95 |
| - Für BFU-Massnahmen von Kindergarten-Spielflächen | CHF 185'755.49 |
| - Für BFU-Massnahmen von Schulen | CHF 156'583.16 |
| - Für die Ortsplanung | CHF 212'491.72 |
| - Für die Verkehrsplanung | CHF 59'712.35 |
| - Für die Planung von Kanalbauten | CHF 47'391.95 |
| - Für die Planungen von Strassen | CHF 58'149.70 |
| - Für die Planungen von Hochbauten | CHF 35'666.60 |
| - Für die Planungen von Gewässern | CHF 20'802.50 |
| - Für den Beitrag ans Schloss Oberberg | CHF 346'275.00 |

- Für den Beitrag an die Serengeti-Anlage des Walter Zoo's	CHF 188'050.00
- Für die Reserve für Infrastrukturprojekte Schulanlagen	CHF 2'100'000.00
- Für die Reserve für Infrastrukturprojekte Sportanlagen	CHF 5'220'053.17

Der Stadtrat führt weiter aus, dass Zusatzabschreibungen auf Anlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens im heutigen Zeitpunkt nur dort Sinn machen, wo im Zusammenhang mit der Einführung des RMSG und der damit verbundenen Neubewertung des Finanzvermögens und der Aufwertung des Verwaltungsvermögens keine Aufwertungen vorgenommen werden müssen.

Der Stadthaushalt hätte somit, zusammen mit den Reserveeinlagen aus den Jahren 2014 und 2015 ein Einlage-total von CHF 14'542'086.20 für die Infrastrukturprojekte Sportanlagen getätigt.

6. Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht ist übersichtlich und informativ. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Geschäftsbericht eingehend studiert und hinterfragt. Sämtliche Fragen konnten von den zuständigen Stellen kompetent und umgehend beantwortet werden.

7. Anträge

Aufgrund unserer Prüfungstätigkeit stellen wir folgende Anträge:

- 1. Die Jahresrechnungen 2016 des städtischen Haushaltes und der Stadtwerke seien zu genehmigen.*
- 2. Die Verwendung der Ertragsüberschüsse des Stadthaushalts und der Stadtwerke, gemäss den Anträgen des Stadtrates, seien zu genehmigen.*
- 3. Der Geschäftsbericht sei gestützt auf Art. 39 Abs. 3 lit. a) Gemeindeordnung zu genehmigen.“*

Gallus Hälgi (SVP) verweist auf die Jahresrechnung 2015, wo wie 2016 die Einnahmen besser ausgefallen sind. Die vorsichtige Budgetierung auf der Einnahmenseite lässt alljährlich die Frage nach dem angemessenen Steuerfuss entstehen. Erfreulich ist die hohe Budgetgenauigkeit auf der Ausgabenseite. Tragisch sind die Mehraufwendungen im sozialen Bereich. Überraschend ist der hohe Gewinn bei den Stadtwerken, der wesentlich vom Budget abweicht. Allein an ausserordentlichen Erträgen sind CHF 1 Mio. mehr eingegangen. Die Fraktion wird für die Gewinnverwendung einen vom Stadtrat abweichenden Antrag stellen.

Felix Koller (FDP) weist auf den kumulierten Ertragsüberschuss von CHF 10 Mio. hin. Die Fraktion hat sich überlegt, ob der Überschuss anders verwendet werden könnte, als vom Stadtrat beantragt, unterstützt indessen die Anträge des Rates. Der Überschuss zeigt mit Deutlichkeit, dass weitere Steuersenkungen nötig sind.

Stefan Harder (FLiG) sieht aufgrund des Ergebnisses bestätigt, dass die beschlossene Steuersenkung richtig gewesen ist. Der Personalaufwand ist gesunken, die Aufgaben nehmen aber nicht ab. Den Mitarbeitenden ist Sorge zu tragen. Die Aufstockung der IT-Organisation wird begrüsst. Die Fraktion unterstützt Eintreten.

Florian Kobler (SP) sieht, dass die Ausgaben im Sozialbereich gestiegen sind. Mit ein Grund für das gute Ergebnis sind die tiefen Investitionen. Die Anträge des Rates für die Verwendung des Ergebnisses werden unterstützt. Die Verwendung von Überschüssen für künftige Investitionen wird begrüsst. Die SP unterstützt Eintreten.

Roman Steiger (CVP) ist erfreut über den positiven Rechnungsabschluss. Mehrkosten sind im Sozialbereich entstanden. Er dankt allen Freiwilligen für ihre Mitarbeit im Bereich Asylwesen. Die Stadtwerke schliessen mit einem Überschuss von 4 Mio. Die Fraktion stimmt der beantragten Verwendung des Gewinnes für das Kraftwerk Nie-

derglatt zu. Beim grossen Überschuss der Stadt stellt sich die Frage, ob zu viel gespart wurde, und ob z.B. die Gebührenansätze Fürstenlandsaal zu hoch sind. Der Verwendung des Ertragsüberschuss des Stadthaushaltes wird die Fraktion zustimmen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler sieht mit Blick auf die Vergangenheit, dass eine Aufstockung der Tarifausgleichsreserve der Stadtwerke nicht nötig ist. Somit muss der Überschuss anders verteilt werden. Die Budgetierung 2016 geschah unter eher pessimistischen Annahmen nach dem Frankenschock. Die Steuereinnahmen haben sich indessen viel positiver entwickelt, sowohl bei natürlichen als auch bei juristischen Personen. Die für 2017 beschlossene Steuerfusssenkung war richtig.

Detalldiskussion

Zu A1 Inneres Finanzen Kultur

Erwin Sutter (FLiG) stellt eine Frage zu 1150 Einwohneramt. Der Start der Willkommensgespräche ab 2017 ist als neue Aufgabe aufgeführt. Wer führt diese Gespräche durch? Sind diese Gespräche freiwillig?

Eine weitere Frage stellt er zu 1250 Stadtplanung. Das Thema Siedlungsentwicklung Gossau Ost St.Gallen West ist komplexer als angenommen. Wo liegt das Problem?

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist auf das Integrationsgesetz, welches Willkommensgespräche vorsieht. Soweit Sprachkenntnisse intern vorhanden sind, wird auf Dolmetscher verzichtet. Es besteht keine Grundlage, die Gespräche obligatorisch zu erklären.

Die Siedlungsentwicklung Gossau Ost St.Gallen West ist komplex, weil einerseits 2 Gemeinden beteiligt sind. Andererseits sind viele Grundeigentümer mit unterschiedlichen Interessen beteiligt. Die Stadt ist kürzlich dem Verein ASGO beigetreten, welcher die Arbeiten vorantreiben wird. Das Entwicklungsareal Gossau Ost St.Gallen West ist schweizweit eines der grösseren Gebiete dieser Art.

Zu A2 Bildung

Alfred Zahner (FLiG) stellt eine Frage zu 2020 Kindergarten. Hier ist erwähnt, dass sich aufgrund von Wegzügen von jungen Familien die Zahl der Kindergärtler verringert. Dies ist unerfreulich. Welches ist das Ergebnis der Analysen?

Er stellt eine weitere Frage zu 2030 Primarstufe. Die Ausweitung der Klassenassistenten hat sich bewährt. Dieser Schritt wird sehr begrüsst. Er möchte wissen, wie dieses System funktioniert.

Schulpräsident Urs Blaser hat keine systematische Erhebung über Zu- und Wegzüge. Die einzelnen Gründe sind nicht bekannt. Gossau hat einen negativen Saldo von rund 10 % zwischen Geburtsjahr und Kindergarten-eintritt. Sobald die Kinder in der Schule sind, ziehen weniger Eltern weg. Der Schulrat überlegt sich eine Vollerhebung. Ob mangelnder Wohnraum wirklich der Grund für Wegzüge ist, ist nicht bekannt.

Klassenassistenten sind von hoher Bedeutung geworden, 13 Personen leisten rund 38 Wochenstunden. Gründe für den Einsatz können die Klassengrösse sein, oder die Zahl auffälliger Kinder in einer Klasse.

Zu A 3 Bau Umwelt Verkehr

Stefan Harder (FLiG) stellt zu 3050 Natur und Umwelt fest, dass im Biotop Espel nur die notwendigsten Arbeiten ausgeführt werden, obwohl eine Schutzverordnung Espel besteht. Grosse Teile sind schon verlandet. Die Stadt muss sich an die Rechtsordnung halten oder konsequenterweise die Schutzverordnung zur Aufhebung beantragen. Ins nächste Budget sollen ausreichend Mittel eingesetzt werden für das Biotop.

Zum Thema 3010 Sportanlagen Bäder stellt er fest, dass 2016 der Betrieb des Freibades bei bestem Wetter beendet wurde. Die Schliessung soll nicht nach Kalender, sondern nach Wetter erfolgen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass die Stadt für den künftigen Unterhalt des Biotops Espel mit Pro Natura in Kontakt steht. Auf dem Areal Espel ist eine Altlast vorhanden, diese wird auch noch zu lösen sein.

Stadträtin Gaby Krapf wird das Thema der Öffnungszeiten Freibad prüfen.

Desirée Baldegger (SVP) stellt zu 3120 Öffentlicher Verkehr fest, dass die Zahl der Fahrgäste erneut abgenommen hat. Diese Entwicklung ist fragwürdig und ist kritisch im Auge zu behalten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass die aufgeführten Frequenzen einzig Zahlen der Regiobus sind, die Bahn- und Postautobenutzer sind nicht eingeschlossen.

A4 Versorgung Sicherheit

Keine Wortmeldungen

A5 Jugend Alter Soziales

Keine Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag 1 des Stadtrates

Die Jahresrechnungen 2016 der Stadtwerke und des Städtischen Haushaltes werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.

Beschluss

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 des Stadtrates

Der Ertragsüberschuss 2016 der Stadtwerke von CHF 4'074'602.91 wird für eine Rückstellung zur Erneuerung Kraftwerk Niederglatt (CHF 1'800'000) und als zusätzliche Ablieferung an den Stadthaushalt (CHF 2'274'602.91) verwendet.

Gallus Hälgi (SVP) verweist auf die hohen Überschüsse der Stadtwerke, welche als versteckte Steuern betrachtet werden können. Bereits 2008 wurde den Strombezüglern eine Rückvergütung aus dem guten Abschluss gewährt. Eine solche Rückvergütung soll nun erneut gemacht werden. Er beantragt eine Gutschrift an die Strombezüglern anhand der aktuell im Einsatz befindenden Stromzähler (Stand April 2017), nach folgendem Schlüssel:

- für Privatkunden (Umsatz bis 29'999 kWh) rund 9'800 Zähler je 100 Franken
- für Gewerbekunden (Umsatz ab 30'000 bis 99'999 kWh) 260 Zähler je 200 Franken
- für Industriekunden (Umsatz ab 100'000 kWh) 170 Zähler je 300 Franken

Die SVP-Fraktion stellt folgende Anträge zur Gewinnverwendung der Stadtwerke:

<i>Reserve zur Erneuerung Kraftwerk Niederglatt</i>	<i>CHF 1'800'000.00</i>
<i>Rückstellung für eine Gutschrift an die Strombezüglern</i>	<i>CHF 1'100'000.00</i>
<i>Zusätzliche Ablieferung an den Stadthaushalt</i>	<i>CHF 1'174'602.91</i>

Sollten die Anträge angenommen werden, ergeben sich folgende Anträge zur Gewinnverwendung des Stadthaushaltes:

<i>Ertragsüberschuss</i>	<i>CHF 6'496'601.68</i>
<i>Zusätzliche Ablieferung Stadtwerke</i>	<i>CHF 1'174'602.91</i>
<i>Zur Verfügung stehender Ertragsüberschuss</i>	<i>CHF 7'671'204.59</i>
<i>Diverse Abschreibungen auf einzelnen Anlagepositionen</i>	

Florian Kobler (SP) glaubt, dass dieses Geld der Allgemeinheit mehr nützen würde als den einzelnen Strombezüglern. Besser wäre, wenn der Wohnraum in Gossau günstiger würde oder wenn Gossau attraktive Infrastrukturen erhält.

Felix Koller (FDP) findet die Idee auf den ersten Blick gut. Es soll aber nicht nachträglich Geld verteilt werden, nachdem das Parlament eine grössere Steuersenkung abgelehnt hat. Es liegt an den Stadtwerken, ihre Tarife zu senken. Die Fraktion ist gegen den Antrag der SVP.

Florin Scherrer (CVP) findet den Antrag der SVP wohl gemeint, aber nicht zielführend. Gelder, die heute ausbezahlt werden, müssen später für die Finanzierung der anstehenden Investitionen wieder hereingeholt werden. Die Gewinnverwendung soll gemäss Antrag Stadtrat erfolgen.

Alfred Zahner (FLiG) stellt fest, dass für ältere Leute CHF 100 viel Geld sein können. Es kann nicht Aufgabe sein, über die Stromrechnung Projekte vorzufinanzieren, welche erst in 10 Jahren gebaut werden.

Felix Koller (FDP) möchte lieber die Steuern um 3 % senken, als nachträglich eine Rückzahlung zu machen.

Gallus Hälgi (SVP) will den Steuerfuss und die Preisgestaltung der Stadtwerke nicht vermischen. Auch mit dem Antrag der SVP geht der Grossteil des Überschusses in die Infrastrukturanlagen.

Mathias Ebnetter (FLiG) stört sich am vorgeschlagenen Verteilschlüssel für die Rückerstattung. Er beantragt Ablehnung des Antrages SVP.

Stadträtin Gaby Krapf ist nicht grundsätzlich gegen eine solche Rückerstattung. Eine solche war vor 8 Jahren schon realisiert worden, aber mit genau definierten Modalitäten entsprechend dem Energieverbrauch. Ein Teil des Gewinnes stammt aus dem Erdgasgeschäft und soll den Stromkunden rückerstattet werden. Die Modalitäten der Rückerstattung sollten dem Stadtrat überlassen werden, sofern das Parlament der Rückerstattung zustimmt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt fest, dass die Stadtwerke defizitär sind, wenn die Kosten gemäss Betriebsbuchhaltung berücksichtigt werden. Er möchte von einer Rückerstattung Abstand nehmen.

Beschluss zu Antrag 2

Der Antrag SVP erhält 13 Stimmen, der Antrag von Stadtrat und GPK 16 Stimmen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Antrag 3

Der Ertragsüberschuss 2016 des Stadthaushaltes von CHF 6'496'601.68 plus die Zusatzablieferung der Stadtwerke an den Stadthaushalt von CHF 2'274'602.91, insgesamt CHF 8'771'204.59, wird gemäss Ziffer 4 verwendet.

<i>Sanierung Schiessplätze</i>	<i>CHF</i>	<i>140'272.95</i>
<i>BFU Massnahmen Kindergärten Spielplätze</i>	<i>CHF</i>	<i>185'755.49</i>
<i>BFU Massnahmen Schulen</i>	<i>CHF</i>	<i>156'583.16</i>
<i>Ortsplanung</i>	<i>CHF</i>	<i>212'491.72</i>
<i>Verkehrsplanung</i>	<i>CHF</i>	<i>59'712.35</i>
<i>Planungen Kanalbauten</i>	<i>CHF</i>	<i>47'391.95</i>
<i>Planungen Strassen</i>	<i>CHF</i>	<i>58'149.70</i>
<i>Planungen Hochbauten</i>	<i>CHF</i>	<i>35'666.60</i>
<i>Planungen Gewässer</i>	<i>CHF</i>	<i>20'802.50</i>
<i>Beitrag Schloss Oberberg, Liftanlage</i>	<i>CHF</i>	<i>346'275.00</i>
<i>Beitrag Walter Zoo AG, Serengeti Anlage</i>	<i>CHF</i>	<i>188'050.00</i>
<i>Reserve für Infrastrukturprojekte Schulanlagen</i>	<i>CHF</i>	<i>2'100'000.00</i>
<i>Reserve für Infrastrukturanlage Sportanlagen</i>	<i>CHF</i>	<i>5'220'053.17</i>
<i>Total</i>	<i>CHF</i>	<i>8'771'204.59</i>

Beschluss

Der Antrag des Stadtrates wird mit 25 Ja zu 5 Nein angenommen.

Antrag 4

Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

02**Erweiterung Schulanlage Büel; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. November 2016. Aufgrund ihrer Beratungen stellt die parlamentarische Baukommission am 14. Februar 2017 folgende Anträge (identisch mit Antrag des Stadtrates):

1. *Für die Erweiterung der Schulanlage Büel wird ein Baukredit von CHF 2'180'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
2. *Die Kosten werden linear innert 25 Jahren abgeschrieben.*

Diskussion

Thomas Künzle (SVP) verliest als Präsident der parlamentarischen Baukommission deren Bericht. Die Kommission hat geprüft, ob ein modularer Bau, welcher später an einen anderen Schulstandort verschoben werden kann, eine bessere Lösung wäre. Sie unterstützt indessen die definitive Erweiterung des Schulhauses Büel. Die Grösse der Schulzimmer erachtet sie eher als gross, eine Verkleinerung wird im weiteren Planungsprozess nochmals geprüft. Mit einer Ausführung in Beton lassen sich grössere Raumhöhen realisieren, als mit einem Holzbau. Die Baukommission hat sich deshalb mehrheitlich für einen Betonbau entschieden, obwohl ein Objekt in Holz begrüsst worden wäre. Die Baukommission unterstützt die Anträge des Stadtrates.

Reto Mock (CVP) sieht die Schulanlage Büel ausgelastet, die Schülerzahlen werden nochmals ansteigen. Der Raumbedarf ist unbestritten. Mit der vorgeschlagenen Lösung wird die Organisation des Schulhauses vereinfacht. Einzig zu bedauern ist die Materialisierung, wo Ökonomie vor Ökologie gestellt wird. Die CVP unterstützt die Anträge.

Felix Koller (FDP) weist auf die wachsende Schülerzahl im Einzugsgebiet hin. Der geplante Anbau passt sich harmonisch an. Die Baukommission hat sich eingehend über einen Anbau in Holz oder in Massivbauweise unterhalten und die Vor- und Nachteile geprüft. Der Mehrzweckraum soll nicht nur der Schule, sondern auch der Öffentlichkeit dienen. Die Fraktion steht klar hinter dem Antrag.

Abstimmung über die Anträge der VBK

Die Anträge 1 – 2 werden einstimmig angenommen.

03**Beitrag 2018 - 2021 an die Walter Zoo AG**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 22. März 2017. Die Präsidentin weist darauf hin, dass Reto Mock für die Wahl als Präsident des Verwaltungsrates Walter Zoo AG vorgesehen ist, und sich deshalb der Stimme enthalten wird. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

1. *Für die Jahre 2018 - 2021 leistet die Stadt Gossau einen jährlichen Beitrag von CHF 150'000 an die Walter Zoo AG Gossau.*

Diskussion

Martin Pfister (CVP) lobt den hohen Bekanntheitsgrad des Zoos und den einwandfreien Betrieb. Obwohl die Walter Zoo AG finanziell auf festen Füßen steht, ist der Zoo auf Unterstützung angewiesen. Der jährliche Beitrag soll deshalb beibehalten werden.

Abstimmung über die Anträge des Stadtrates

Der Antrag wird mit einer Enthaltung einstimmig angenommen.

04

Teilzonenplan Poststrasse

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. April 2017. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

1. *Der Teilzonenplan Poststrasse wird gemäss Planbeilage erlassen.*

Ruth Schäfler (FDP) tritt als Mitarbeiterin der mitbeteiligten Grundeigentümerin Akris AG für dieses Geschäft in den Ausstand und verlässt den Saal.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert über das durchgeführte Einspracheverfahren. Bei bisherigen Entscheidungen hat jeweils das Parlament ohne eine Vorberatung über Teilzonenpläne entschieden. Sofern das Parlament das Bedürfnis für die Einsetzung einer VBK hat, könnte das Geschäft der Baukommission überwiesen werden.

Stefan Harder (FLiG) verweist auf das E-Mail, welches gestern alle Mitglieder des Parlamentes von einem Einsprecher erhalten haben. Er beantragt, dass die Baukommission das Geschäft vorprüft, bevor das Parlament entscheidet.

Felix Koller (FDP) sieht den Kritikpunkt im Sondernutzungsplan, aber nicht im Teilzonenplan. Zonen sollen proaktiv festgelegt werden, nicht erst aufgrund eines Bauvorhabens.

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist, dass die Rechtskonformität im dafür vorgesehenen Verfahren geprüft wird. Nebst dem Teilzonenplan ist auch ein Gestaltungsplan aufgelegt worden. Das Parlament hat indessen ausschliesslich über die Zone zu entscheiden. Die Richtplanung wird aufzeigen, wie sich die Quartiere entwickeln sollen. Entwicklung nach innen wird Priorität haben, es muss aber qualitativ mit dem Raum umgegangen werden. Die Richtplanung wird dem Parlament zum Entscheid vorgelegt werden.

Abstimmung über den Antrag von Stefan Harder auf Vorberatung in Baukommission:

Der Antrag wird mit 10 Ja zu 18 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag des Stadtrates

Der Antrag wird mit 26 Ja bei 3 Enthaltungen angenommen.

05**Masterplan Sportanlagen Buechenwald und Rosenau; Vorzeitige Einsetzung VBK**

Es liegen folgende Wahlvorschläge für die Vorberatende Kommission vor:

Norbert Hug	CVP	Präsident
Leo Cozzio	CVP	
Erwin Sutter	FLiG	
Sandro Contratto	FDP	
Markus Rosenberger	SVP	
Thomas Jung	SVP	
Florian Kobler	SP	

Die Kommissionsmitglieder werden gewählt.

Die Präsidentin



Monika Gähwiler-Brändle

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. Mai 2017 genehmigt.